

Der ›Brexite‹, die EU und die UN

Bei den Vereinten Nationen führt der ›Brexite‹ sowohl für Großbritannien als auch für die Europäische Union (EU) zu Problemen. Während Großbritannien entscheiden muss, mit wem es in Zukunft enger zusammenarbeitet, müssen die EU-Staaten Wege finden, um in New York und Genf geschlossener und einflussreicher zu agieren.



Richard Gowan, geb. 1978, ist Senior Fellow am Zentrum für Politikforschung der Universität der Vereinten Nationen (UNU-CPR) und am European Council on Foreign Relations (ECFR).

geschaffen, um ihren Einfluss in multilateralen Anlässen auszubauen. Die Briten wollten das ›Markenzeichen EU‹ bei den UN schon immer einschränken und ein Maximum an nationaler Autonomie wahren. Während Großbritannien sich auf den Rückzug aus der EU vorbereitet, fragen sich einige europäische Diplomaten und Diplomaten, ob es eine Möglichkeit gibt, die EU-Diplomatie bei den Vereinten Nationen radikal zu verändern.

Wird der ›Brexite‹ die Europäische Union bei den Vereinten Nationen schwächen?¹ Oder bietet er Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten die Gelegenheit, in UN-Anlässen eine wichtigere Rolle zu spielen? Das britische Votum, die EU zu verlassen, hat zu einer wichtigen Debatte über die künftige Strategie der EU bei den UN geführt.

Großbritannien war schon immer einer der einflussreichsten europäischen Akteure in der UN-Diplomatie – nicht nur wegen seines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat, sondern aufgrund seiner Investitionen in die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe. Britische Diplomaten und Diplomaten gehören zu den kompetentesten Akteuren in New York und Genf. Sie wissen oft mehr über die technischen Details der UN-Friedensmissionen und -Entwicklungsprogramme als andere europäische Staaten. Großbritannien verhandelte oft im Namen der EU über heikle Resolutionen in der Generalversammlung und im Menschenrechtsrat (Human Rights Council – HRC). Praktisch alle europäischen Delegierten, die in den Vereinten Nationen arbeiten, geben zu, dass ein britischer Austritt aus der EU ein wirklicher Nachteil sein wird.

Nichtsdestotrotz hat der ›Brexite‹ auch politischen Spielraum für andere EU-Mitgliedstaaten

Großbritanniens Option: Zusammenarbeit?

Der ›Brexite‹ wird nicht zu einem völligen Zusammenbruch der britisch-europäischen Beziehungen bei den UN führen. Europäische und britische Delegierte betonen, dass sie weiterhin eng zusammenarbeiten werden, selbst wenn Großbritannien nicht mehr an den Diskussionen über die politische Entscheidungsfindung in der EU beteiligt ist.

Die Briten erkennen an, dass ihre Interessen bei den meisten großen Themen auf der Agenda der Vereinten Nationen – vom Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPOA) mit Iran bis hin zum Klimawandel – weiterhin eng mit der EU verknüpft sind. Der wichtigste alternative Partner für Großbritannien sind die USA. Seit der Gründung der UN wollten die Briten möglichst intensiv mit den Amerikanern zusammenarbeiten. Für sie war es jedoch äußerst schwierig, bei Problemen wie dem Atomkonflikt mit Iran, dem Nahost-Konflikt und anderen Krisen mit der Regierung unter US-Präsident Donald Trump zu kooperieren. In einer Reihe schwieriger Abstimmungen, beispielsweise über die Entscheidung der USA im Dezember 2017, ihre Botschaft in

¹ Der vorliegende Artikel basiert auf Richard Gowan, Separation Anxiety: European Influence at the UN after Brexit, European Council on Foreign Relations (ECFR), Mai 2018, www.ecfr.eu/publications/summary/separation_anxiety_european_influence_at_the_un_after_brexit und weiteren Gesprächen.

Israel nach Jerusalem zu verlegen, entschieden sich die Briten, sich lieber Deutschland und Frankreich anzuschließen als den USA.

Britische Diplomatinen und Diplomaten betonen gerne, dass sie das Commonwealth als weitere diplomatische Kraft bei den Vereinten Nationen wiederbeleben wollen. Die Zeiten des Britischen Weltreichs sind jedoch endgültig vorbei. Fast alle Diplomatinen und Diplomaten taten im letzten Jahr die Vision von einem ›Globalen Großbritannien‹ als »leeres Gerede« ab.²

Andere Nicht-EU-Staaten wie Kanada, Norwegen und die Schweiz positionieren sich in der Regel EU-nah, wahren jedoch ihre diplomatische Unabhängigkeit. Großbritannien könnte sich als ›Super-Norwegen‹ im UN-System etablieren und

Einige EU-Mitgliedstaaten könnten nach dem ›Brexit‹ die Schwachstellen Großbritanniens bei den Vereinten Nationen nutzen.

ein hohes Maß an Fachwissen in multilateralen Angelegenheiten mit dem Prestige seines Sicherheitsrats sitzes verbinden.³

Doch das ist nicht sicher. Die politischen Entwicklungen in Großbritannien könnten Londons Engagement in den UN durchaus gefährden. Wenn nach dem ›Brexit‹ eine rechtskonservative Regierung in London die Macht übernehme, wäre es denkbar, dass sich Großbritannien aus einigen der wichtigsten Verpflichtungen im Hinblick auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) und den Kampf gegen den Klimawandel zurückzieht. Aber auch das Gegenteil ist möglich: Wenn eine linksorientierte Regierung unter Jeremy Corbyn von der Labour-Partei an die Macht käme, könnte sie das britische Engagement in den Vereinten Nationen ausweiten.⁴

Wie auch immer sich die britische Innenpolitik entwickelt, könnte Großbritannien auch bei den UN mit großen politischen Herausforderungen konfrontiert sein. Londons erste Priorität nach dem ›Brexit‹ ist vermutlich die Sicherstellung von Handelsverträgen mit China, den USA und anderen wichtigen Volkswirtschaften. Einige mutmaßen,

dass diese Mächte daraus in den UN-Debatten Nutzen ziehen werden. China könnte zum Beispiel darauf bestehen, dass London sich als Gegenleistung für ein Abkommen nicht mehr mit den Menschenrechten in Myanmar befasst. Die USA könnten verlangen, dass sich Großbritannien in israelisch-palästinensischen Fragen nicht länger mit der EU verbündet. Indien nutzte im Jahr 2017 die sich abzeichnende Schwäche Großbritanniens nach dem angekündigten ›Brexit‹ für eine erfolgreiche Kampagne zusammen mit Entwicklungsländern, um einen britischen Kandidaten für den Internationalen Gerichtshof (International Court of Justice – ICJ) zu blockieren und sich somit selbst einen Sitz zu sichern.⁵ Obwohl diese Niederlage nicht allein auf den Rückzug Londons aus der EU zurückgeführt werden konnte, befürchten britische Vertreterinnen und Vertreter, dass es weitere derartige Herausforderungen geben wird.

Auch einige EU-Mitgliedstaaten könnten nach dem ›Brexit‹ die Schwachstellen Großbritanniens bei den Vereinten Nationen nutzen. Ein möglicher Streitpunkt mit Frankreich ist die Friedenssicherung in Afrika. Zwischen Briten und Franzosen gibt es einen langjährigen Streit darüber, ob die Ressourcen für UN-Friedensmissionen im frankophonen Afrika (wie in Mali) oder im historischen Einflussbereich Großbritanniens (Somalia und Sudan) Priorität haben sollen. Bislang einigten sich London und Paris in dieser Frage auf Kompromisse, einige glauben jedoch, dass Frankreich nun stärker darauf drängen wird, dass sich sowohl die EU als auch die UN auf die frankophonen Fälle konzentrieren sollten. Die meisten Diplomatinen und Diplomaten sind sich allerdings einig, dass die britische und die französische Regierung ein vorrangiges Interesse an der Zusammenarbeit im Sicherheitsrat haben.

Die Post-Brexit-Diplomatie wird für die Briten nicht einfach sein. Dennoch werden sie wahrscheinlich feststellen, dass ihre besten Beziehungen immer noch zur EU bestehen.

EU-Optionen: Stärkung oder Schwächung?

Für die EU waren die letzten beiden Jahre bei den Vereinten Nationen in vielerlei Hinsicht schwierig – nicht nur durch den ›Brexit‹. Eine wachsende Zahl

² Jess Gifkins/Jason Ralph/Samuel Jarvis, Diplomats Reveal Concerns Over UK's Waning Influence on UN Security Council, The Conversation, 26.9.2018, theconversation.com/diplomats-reveal-concerns-over-uks-waning-influence-on-un-security-council-103043

³ Gowan, Separation Anxiety, a.a.O. (Anm. 1).

⁴ United Association of United Kingdom (UNA-UK), UNA-UK Delighted by Cross-Party Commitment to UN Peacekeeping, 25.6.2018, www.una.org.uk/news/una-uk-delighted-cross-party-commitment-un-peacekeeping

⁵ Elisa Freiburg, Internationaler Gerichtshof: Tätigkeit 2017, Vereinte Nationen (VN), 2/2018, S. 186.

von EU-Mitgliedstaaten, angeführt von Ungarn, begann, ihr Engagement für liberale Prinzipien in New York und Genf infrage zu stellen. Die Spaltungen innerhalb der EU wurden durch die teilweise irreführenden Debatten über den Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (UN-Migrationspakt) im Jahr 2018 offensichtlich. Zuerst weigerten sich Österreich und Ungarn, dann weitere EU-Mitgliedstaaten, dem Pakt beizutreten und reagierten damit auf die Unzufriedenheit populistischer Bewegungen mit dem UN-System und dessen ›globalistischer‹ Agenda. Die EU wird einige Zeit brauchen, um sich davon zu erholen.

In der Zwischenzeit suchen andere Mächte nach Möglichkeiten, von den offensichtlichen Schwächen Großbritanniens und der EU bei den Vereinten Nationen zu profitieren. Die US-Regierung arbeitete hinter den Kulissen mit hohem Druck daran, mitteleuropäische Staaten wie Polen und Ungarn davon zu überzeugen, sich dem EU-Konsens – zum Beispiel bei den Abstimmungen über die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem – nicht anzuschließen.⁶

China bemühte sich in den letzten Jahren intensiv, mehr Einfluss in den Vereinten Nationen zu gewinnen und suchte nach Möglichkeiten, die EU zu spalten oder zu kooptieren, wenn es um die Unterstützung seiner multilateralen Agenda ging. Beijing übte anscheinend auch wirtschaftlichen Druck auf Athen aus, um beispielsweise das griechische Abstimmungsverhalten im HRC zu beeinflussen.⁷ Im Sommer 2018 starteten chinesische Delegierte in New York eine Charmeoffensive in der EU und forderten die Europäer zur Zusammenarbeit auf, um ein Gegengewicht zur Agenda der USA zu schaffen. Die meisten europäischen Diplomattinnen und Diplomaten sind vorsichtig, wenn sie sich der antiliberalen Auffassung Chinas von einer Weltordnung zu sehr annähern.

Viele nichtwestliche Mitgliedstaaten der UN, beispielsweise die afrikanischen, sind ebenfalls beunruhigt über die Agenda Beijings und würden gerne mit der EU zusammenarbeiten, um ihr etwas entgegenzusetzen. Tatsächlich genießt das

›Markenzeichen EU‹ bei den UN derzeit ein relativ hohes Ansehen, da die Europäer als rationale, weniger eigeninteressengeleitete Akteure als die Amerikaner oder Chinesen wahrgenommen werden. Dennoch besteht die Gefahr, dass die EU nach dem ›Brexite‹ weiter auseinanderdriftet und weniger in der Lage ist, den Versuchen anderer Großmächte,

Tatsächlich genießt das ›Markenzeichen EU‹ bei den UN derzeit ein relativ hohes Ansehen.

sie zu spalten oder zu kontrollieren, zu widerstehen. Daher sind europäische Diplomattinnen und Diplomaten auf der Suche nach Möglichkeiten, die Einheit des EU-Projekts wiederherzustellen.

Es gab einige Erfolge. Schweden, das in den Jahren 2017 und 2018 nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrats war, arbeitete hart an einer engeren europäischen Zusammenarbeit. Auf Schwedens Initiative hin gaben die derzeitigen und zukünftigen EU-Mitglieder des Rates im Jahr 2018 als die ›EU8‹ eine Reihe gemeinsamer öffentlicher Erklärungen ab. Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Polen und Schweden äußerten sich zu den Konflikten in Syrien und der Ukraine.⁸ Obwohl es sich um eine informelle Gruppierung handelte, wurde auf diese Weise eine klare Botschaft des europäischen Zusammenhalts in schwierigen Fragen übermittelt. Dies ist auch ein positives Signal im Hinblick auf Großbritanniens Bereitschaft, sich nach dem ›Brexite‹ mit der EU im Sicherheitsrat abzustimmen.

Deutschland nutzt ebenfalls seine Wahl in den Sicherheitsrat für die Jahre 2019 und 2020, um auf eine stärkere Stimme der EU in UN-Fragen zu drängen. Die deutsche und die französische Ständige Vertretung in New York haben bereits an gemeinsamen Plänen gearbeitet. Beide Staaten werden beispielsweise ihre aufeinanderfolgenden Ratspräsidentschaften im März und April 2019

⁶ UN-Dok. A/RES/72/15 v. 30.11.2017; Kroatien, Lettland, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn enthielten sich in der Generalversammlung, als der Umzug der Botschaft verurteilt wurde. Alle anderen EU-Mitgliedstaaten unterstützten die Verurteilung. Frankreich, Großbritannien und andere europäische Staaten hatten zuvor eine ähnliche Resolution im Sicherheitsrat unterstützt, gegen die die USA ihr Veto eingelegt hatten. Nichtsdestotrotz sagte ein europäischer Diplomat dem Autor, dass sein Staat auf Druck der USA das Votum in der Generalversammlung möglicherweise geändert hätte, wenn sich die Abstimmung um nur wenige Minuten verzögert hätte.

⁷ Gowan, Separation Anxiety, a.a.O. (Anm. 1), S. 8.

⁸ Italien gehörte dem Sicherheitsrat im Jahr 2017 im Rahmen einer Vereinbarung mit den Niederlanden, sich den Sitz zu teilen, an. Im Jahr 2018 übernahmen die Niederlande den Sitz. Niederländische und italienische Diplomaten verweisen auf diese Lösung – ursprünglich eine *Ad-hoc*-Reaktion auf die Tatsache, dass keines der beiden Länder im Jahr 2016 auf Anhieb einen Sitz im Rat erhalten konnte – als ein gelungenes Beispiel für die Koordinierung innerhalb der EU. Siehe auch Richard Gowan, For the EU at the UN, Rising Influence at the UN but Bad Timing, World Politics Review, 28.11.2018, www.worldpoliticsreview.com/articles/26853/for-the-eu-at-the-u-n-rising-influence-but-bad-timing

nutzen, um das humanitäre Völkerrecht zu stärken. Unter dem Druck des ›Brexit‹ scheinen die europäischen Staaten kreativer zu werden, was die Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen angeht.

Dennoch halten einige Beobachterinnen und Beobachter eine deutlichere Einheit der EU für notwendig. Eine Möglichkeit besteht darin, dass die Mitglieder der Union beginnen, gemeinsame Standpunkte zu UN-Fragen durch Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit und nicht im Konsens zu beschließen. Dies würde es ›Ausreißern‹ wie Griechenland und Ungarn schwieriger machen, EU-Positionen zu untergraben. Im vergangenen Jahr schlug die Europäische Kommission vor, dass die Positionen der EU zu Menschenrechten im HRC auf diese Weise entschieden werden sollten –

Die Chancen, dass Deutschland oder die EU einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhält, sind gering.

aber es sieht nicht so aus, als ob die Regierungen diese Reform akzeptieren würden.⁹ Wahre Anhängerinnen und Anhänger einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik wünschen sich einen noch größeren Durchbruch: Die Einführung einer einheitlichen EU-Stimme im Sicherheitsrat.

Im Zuge des ›Brexit‹ äußerte Deutschland die Erwartung, dass Frankreich als einziges EU-Mitglied des Sicherheitsrats mit Vetorecht Maßnahmen ergreifen sollte, um seinen ständigen Sitz zu ›europäisieren‹.¹⁰ Varianten dieser Idee sind seit vielen Jahren im Umlauf und waren in Paris nie beliebt.

Nach heftigem Widerstand französischer Vertreterinnen und Vertreter zog sich Deutschland im Januar 2019 aus dieser Debatte zurück und stimmte zu, dass der neue deutsch-französische Vertrag von Aachen – eine Aktualisierung des langjährigen Élysée-Vertrags – keinen Hinweis auf einen Sitz der EU im Sicherheitsrat enthalten sollte, als Gegenleistung für die Zusage Frankreichs, einen ständigen deutschen Sitz zu unterstützen. Doch diese hat keinen großen Wert, denn die Gespräche über die Reform des Sicherheitsrats in New York sind praktisch zum Erliegen gekommen. Die Chancen, dass Deutschland oder die EU in absehbarer Zeit einen

ständigen Sitz erhält, sind gering. Wenn es der EU gelingen sollte, ein effizienterer Akteur in den UN zu werden, dann durch pragmatische Initiativen – wie beispielsweise die EU8.

Zusammenarbeit nach dem ›Brexit‹

Da sich der ›Brexit‹ abzeichnet, müssen sowohl Großbritannien als auch die EU hinsichtlich ihrer Optionen bei den Vereinten Nationen realistisch sein. Die Briten dürften mit einer Zeit der diplomatischen Unsicherheit konfrontiert sein und in vielen Fragen immer noch eng mit den Positionen der EU übereinstimmen. Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihr multilaterales Engagement verstärken, um den Verlust Großbritanniens auszugleichen.

Wie können sie das schaffen? Einige der Antworten sind eher technischer Natur. Das von der EU und Großbritannien vereinbarte Übergangsabkommen zur Regelung der unmittelbaren Folgen des ›Brexit‹ verpflichtet die Briten, die EU bis zum Jahr 2020 in multilateralen Foren zu unterstützen. Die Briten berieten einige europäische Partner stillschweigend bei der Behandlung spezifischer Themen, bei denen Großbritannien die UN in der Vergangenheit vertrat. Die britische Ständige Vertretung in New York wird expandieren, um Aufgaben zu übernehmen, die sie zuvor anderen EU-Mitgliedern oder dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EEAS) überlassen hat. Allgemein herrscht bei den Vereinten Nationen Konsens darüber, dass es zwar einige technische Probleme geben wird, aber keine große Krise.

Je nach Art und Sensibilität der jeweiligen Themen wird die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EU in UN-Angelegenheiten variieren. Großbritannien und der Europäische Auswärtige Dienst müssen möglicherweise einfache Mechanismen für den Informationsaustausch einrichten, um in diplomatischen Routineangelegenheiten – zum Beispiel bei wiederkehrenden Resolutionen der jährlichen Generalversammlung – zusammenzuarbeiten.¹¹ Die eigentliche Herausforderung besteht dann, wenn eine Krise im Sicherheitsrat oder HRC eine sofortige, durchdachte Reaktion erfordert.

In diesen Fällen könnte es das Beste sein, auf dem Format der EU8 aufzubauen und damit den EU-Initiativen mehr Gewicht zu verleihen, während

⁹ Europäische Kommission, Dok. COM(2018) 647 final, 12.9.2018, S. 11.

¹⁰ Guy Chazan, Scholz says France Should Give Security Council Seat to EU, The Financial Times, 28.11.2018, www.ft.com/content/84fb634a-f326-11e8-9623-d7f9881e729f

¹¹ Gowan, Separation Anxiety, a.a.O. (Anm. 1), S. 29f.

es gleichzeitig außerhalb der EU-Strukturen bleibt. In einigen Fällen werden Großbritannien und die EU aber zwangsläufig unterschiedliche Meinungen vertreten.

Bei wirklich heiklen Themen – wie den Verhandlungen über Atomprogramme – wird eine noch kleinere Gruppe wie die ›E3‹, bestehend aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien, notwendig sein. Angesichts des Unilateralismus der Trump-Regierung sind sich Berlin, Frankreich und London einig, dass sie bei schweren geopolitischen Krisen während des ›Brexit‹ und danach weiterhin zusammenarbeiten sollten. Allen drei Mächten bietet sich die Möglichkeit, ihr politisches Gewicht, ihre nachrichtendienstlichen Erkenntnisse und diplomatischen Netzwerke flexibel zu bündeln, ohne in die Prozesse und Strukturen der Entscheidungsfindung der EU eingebunden zu sein. Die Befürworterinnen und Befürworter einer starken EU-Außenpolitik misstrauen der E3 natürlich, da sie offizielle Formen der europäischen Koordination unterläuft. Der iranische Fall hat jedoch gezeigt, dass die E3 für die größten europäischen Mächte ein wirksames Instrument ist, um sich geopolitisch zu positionieren.

Die deutsche Schlüsselrolle

Jede Form der Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EU in UN-Foren wird nur funktionieren, wenn sowohl Großbritannien als auch Frankreich dies wünschen. Aber auch Deutschland wird bei der Gestaltung der europäischen Diplomatie in den Vereinten Nationen nach dem ›Brexit‹ eine zentrale Rolle spielen. Berlin hat seine diplomatischen und wirtschaftlichen Investitionen in den UN in den letzten zehn Jahren deutlich erhöht und sein zunehmendes Engagement für den globalen Multilateralismus durch die Entsendung von Friedenstruppen nach Mali unterstrichen. Viele sehen in der aktuellen deutschen Amtszeit im Sicherheitsrat eine wichtige Gelegenheit, eine stärkere Fokussierung auf UN-Angelegenheiten zu demonstrieren, zum Beispiel indem es bei Problemen wie dem Wiederaufbau Syriens eine führende Rolle übernimmt.¹² Einige deutsche Analysten befürchten, dass diese Erwartungen angesichts der Spannungen zwischen den Großmächten im Rat zu hoch sind.¹³ Ungeachtet der Fortschritte,

die Deutschland eventuell bei konkreten Krisen erzielen mag, ist die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat eine Chance, um den Weg der europäischen Diplomatie nach dem ›Brexit‹ mitzugestalten.

Wenn die deutsche Vertretung in den nächsten zwei Jahren auf eine enge Koordination mit ihren britischen Kolleginnen und Kollegen Wert legt – sei es über die E3-Konsultation oder andere Formate –, wird dies dazu beitragen, die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien in einer schwierigen Zeit zu festigen. Wenn sie sich eher auf die Zusammenarbeit mit anderen EU-Mitgliedern im Sicherheitsrat – unter anderem Belgien, Frankreich und Polen – konzentriert und Großbritannien als Außenseiter behandelt, könnten sich britische Diplomaten zurückgesetzt fühlen. Die meisten deutschen Vertreterinnen und Vertreter wollen trotz ihres grundsätzlichen Engagements für eine bessere EU-Koordination den erstgenannten Weg beschreiten.

In einer Zeit, in der sowohl die EU als auch Großbritannien mit großen Herausforderungen im Hinblick auf ihre Positionen und ihren Einfluss bei den Vereinten Nationen konfrontiert sind, ist es nur vernünftig, wenn die Partner weiterhin so eng wie möglich zusammenarbeiten. Wenn Großbritannien und die Europäische Union in den Vereinten Nationen nicht miteinander kooperieren, werden letztlich beide als geschwächte Mächte dastehen.

English Abstract

Richard Gowan

›Brexit‹, the EU and the UN pp. 9–13

›Brexit‹ creates dilemmas for both Britain and the European Union (EU) at the United Nations. The UK has been one of the most influential members of the EU at the UN. Britain needs to decide whether it will emphasize relations with the U.S., the Commonwealth or its former European partners once it leaves the Union. Meanwhile, EU states need to find ways to be more united and influential in New York and Geneva. France and Germany have a special responsibility for shaping Europe's future strategy at the UN and also maintaining close contact with London on major geopolitical issues.

Keywords: Deutsche UN-Politik, Europäische Union (EU), Frankreich, Großbritannien, Brexit, United Nations

¹² Siehe Richard Gowan, In the Hot Seat: What can Germany Achieve in the Security Council?, Friedrich Ebert Stiftung, Mai 2018, library.fes.de/pdf-files/bueros/usa/14493.pdf

¹³ Beispielsweise Philip Rotmann, Germany is Not Quite Ready for Prime Time on The Security Council, Global Public Policy Institute (GPPi), 31.12.2018, www.gppi.net/2018/12/31/germany-is-not-quite-ready-for-prime-time-on-the-un-security-council